

An die Mitglieder des Ständerats

Bern, 15. Mai 2017

15.057 Gegenentwurf zur Volksinitiative "Ja zum Schutz der Privatsphäre"

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren Ständerätinnen und Ständeräte

In der kommenden Sommersession werden Sie die Volksinitiative und den Gegenentwurf "Ja zum Schutz der Privatsphäre" (15.057) beraten. Die vorberatende Kommission Ihres Rates beschloss, die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen und auf den Gegenentwurf nicht einzutreten.

Die Finanzdirektorenkonferenz lehnt sowohl die Initiative als auch den Gegenvorschlag ab. Die finanzielle Privatsphäre der Steuerzahlenden bleibt in der Schweiz auch bei einer Ablehnung der Vorlagen gut geschützt. Initiative und Gegenentwurf sind nicht nötig, schützen steuerunehrliche Personen im Steuerstrafverfahren und erschweren künftige Reformen und Anpassungen. Wir bekräftigen nochmals, dass **wir den automatischen Informationsaustausch im Inland ablehnen**.¹ Das besondere Vertrauensverhältnisses zwischen Bürger und Staat soll in finanziellen Belangen weiterhin hochgehalten werden.

Wir beantragen Ihnen der Mehrheit Ihrer Kommission zu folgen und danken Ihnen für die Unterstützung unseres Anliegens.

Freundliche Grüsse

KONFERENZ DER KANTONALEN
FINANZDIREKTORINNEN UND FINANZDIREKTOREN

Der Präsident:



Charles Juillard

Der Sekretär:



Dr. Andreas Huber-Schlatter

¹ Medienmitteilung vom 28. September 2015 zur Volksinitiative bzw. Vernehmlassungsstellungnahme vom 30. August 2016 zum direkten Gegenentwurf: <http://www.fdk-cdf.ch/themen/steuerpolitik/steuerverfahrensrecht> .

Kopie

- Bundesrat Ueli Maurer, Vorsteher EFD
- Adrian Hug, Direktor ESTV (Mail)
- Mitglieder FDK (Mail)